

Irgendwo im fernen Afrika

Zu: „Das Hungervirus“, FR-Politik vom 7. Juli

Der Zusammenhang zwischen Ausbeutung, Kapitalismus, Not, Krieg und Hunger ist so offensichtlich, dass er sich nicht verleugnen lässt. Nein, das Virus ist nicht Erzeugerin, sondern Beschleunigerin dieses unmenschlichen Kreislaufs. Und Deutschland, die Exportnation, hält sich an führender Stelle bei den Waffenexporten, welche es für Machthaber jeglicher Couleur so leicht machen, Kriege zu führen und Menschen in den Hunger zu treiben. Sobald schreckliche Verbrechen innerhalb der Grenzen geschehen, ist die Empörung riesig. Irgendwo im fernen Asien oder Afrika erfolgen zumeist Zahlenmeldungen, die kaum Mitgefühl hervorrufen und schnell vergessen sind. Es gehört zum guten Ton, keine Verantwortung für die Verbrechen zu übernehmen, die andere mit deutschen Waffen begehen.

Ursachen und Wirkungen von Märkten werden angeblich genau analysiert. Selbst Minus-Zinsen können begründet werden. Das bedeutet, dass es bei den so freien Märkten, bei einem Wachstum an Kahlschlag, auch ein Wachstum an Not und Elend gibt, dass ein Wachstum an Waffen auch ein Wachstum an Toten bedeutet, ein Wachstum an Reichtum für die einen, das ein Wachstum an Armut und – wenn es schlimm kommt wie durch die Pandemie – ein Wachstum an Hunger beinhaltet. Jeder Beschluss unserer Regierung für weitere Waffenlieferungen, besonders in Krisengebiete, bedeutet Hunger, Elend, Not und Tod.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Träume oben, Hunger unten

Raumfahrt: „Branson erfüllt sich seinen Traum“, FR-Panorama vom 12.7.

Lieber Richard Branson, lieber Jeff Bezos, in diesen Tagen machen Sie für Millionen von Dollar Ihre Träume wahr. Schauen auf die Erde und sind gerührt, wenn Sie auf diesen empfindlichen Planeten schauen. Nun konnten Sie leider aus dieser Höhe die hungernden Menschen auf Madagaskar, in Syrien und Jemen nicht sehen. Denn sonst hätten Sie sicher Ihre Millionen nicht in den ballistischen Weltraumhüpf versenkt, sondern diesen Menschen in Not geholfen.

Mit Ihren Millionen Dollar könnten Sie dafür sorgen, dass die armen Ländern ausreichend mit Impfstoff gegen die Covid-19-Pandemie versorgt werden. Ach ja, Sie wissen nicht, wohin mit den Millionen Dollar? Wie wäre es mit gerechter Entlohnung Ihrer Mitarbeiter:innen? Sollten Sie weitere Tipps benötigen, erkundigen Sie sich bei den vielen humanitären Hilfsorganisationen.

Reinhard Schemioneck, Wustrow

Diskussion: frblog.de/branson



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210719

Neues aus Bronskis Garten, der zu einer Insektenoase umgebaut wird, finden Sie zusammen mit Ihren Fotos zum Thema unter frblog.de/garten-17

FR ERLEBEN

Thomas Kaspar und Karin Dalka sprechen mit Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock über die Veränderungen, die ein Wahlsieg der Grünen bewirken würde. Nach dem Traumstart, als die Grünen in Umfragen sogar vor der CDU lagen, gab es Rückschläge. Das wichtigste Thema der Grünen steht inzwischen in den Programmen aller Parteien. Reicht es noch für einen grünen Wahlsieg? Im Anschluss diskutiert sie mit Leserinnen und Lesern der FR. Die Veranstaltung ist ausgebaut, kann aber über den Stream in fr.de/eventvideo verfolgt werden.
Mittwoch, 21. Juli, 18.30 Uhr

Viktor Funk liest aus seinem Roman „Mein Leben in Deutschland begann mit einem Stück Bienenstich“. Eintritt frei. Bienenstich, Käse und Wein kosten eine Kleinigkeit. Anmeldung per Mail an Edgar.Weick@t-online.de.
Kulturkeller, Bolongarostr. 186, Frankfurt-Höchst
Montag, 26. Juli, 18 Uhr

Der weltgrößte Klimaschützer

Unwetterkatastrophe: „Der Mann der Phrasen“ und „Wütendes Wetter“, FR-Meinung vom 15. und 17. Juli

Laschet sollte von seiner Kandidatur zurücktreten

Wer angesichts von mehr als 150 Toten und unvorstellbaren Verwüstungen in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen viele Sekunden lacht, während der Bundespräsident die Hochwasserkatastrophe beschreibt, den Menschen Trost spendet etc., sollte sich als Ministerpräsident von NRW schämen, die Konsequenzen ziehen und von der Kandidatur zum Bundeskanzler zurücktreten.

Was muss in den Menschen vorgehen, die Angehörige oder Freunde zu beklagen haben, deren Existenz vernichtet wurde und die fassungslos vor ihrem zerstörten Hab und Gut stehen, wenn ihr Repräsentant im Hintergrund 20 Sekunden lacht, vorher und hinterher aber wieder den ernsten, betroffenen Staatsmann spielt? Ich kann mir keine Gesprächssituation im Kontext der Präsidentenrede vorstellen, in der ich angesichts des Grauens lachen könnte. Laschet wird sich hüten, diese zum Lachen animierende Gesprächssituation wiederzugeben. Die Menschen, vor allem die vom Hochwasser Betroffenen, werden ihm nichts mehr glauben. So ein Mann kann sie nicht repräsentieren. Jörg Kramer, Uelzen

Der Phrasendrescher muss verhindert werden

Die halbe Republik geht in Wassermassen unter, in anderen Erdteilen herrschen Temperaturen, die organisches Leben nicht mehr möglich machen. Und dann taucht der Laschet auf und erklärt, er habe alles getan, um das Klima zu schützen. Dazu gehört:

1. Die Verhinderung der Windkraft. Abgeschriebene Anlagen dürfen nicht einfach ersetzt werden, sondern müssen neu beantragt werden. Dann gelten die neuen Abstandsrege-

lungen zu bebauten Gebieten. In Summe ergibt dies einen Abbau der Windenergie.

2. Das Verprügeln von Demonstrant:innen und Waldbesetzer:innen durch die Polizei, beispielsweise im Hambacher Forst, die hier immer wieder von ihren Dienstherrn missbraucht wird.

3. Beibehaltung von „Freie Fahrt für freie Bürger:innen“; einer der letzten Gegner eines Tempolimits mit seinen Freunden Maut Scheuer und Mitarbeiter:innen der Bild. Ach ja, Maut-Scheuer baut auch gerne weitere Autobahnen, Gegner:innen werden ... siehe oben.

4. Klimaschutz nur mit „marktwirtschaftlichen Methoden“. Letzteres äußerte Laschet mehrfach in Interviews, auch stehend vor den Trümmern in unserer Stadt, erzeugt durch Marktwirtschaft und Gier.

Die Toten in Deutschland, USA, Kanada, Australien klagen uns an, denn wir haben zu wenig oder das Falsche getan, um Figuren wie Laschet zu verhindern. Mit Empörung wurde die Aussage des Grünen Oliver Krischer kommentiert, der Laschet in Verantwortung nahm für die tödlichen Folgen seiner Politik. Er hatte Recht, diese klimazerstörende Politik tötet Menschen. Andere Menschen, zum Teil sicher jede*r von uns, tragen dafür die Verantwortung!

Dieser vom Opus Dei (vielen Dank für die Kolumne von Katja Thorwarth vom 15. Juli) gesteuerte Laschet darf nicht Kanzler werden! Das sind wir uns und unseren Nachkommen schuldig. Lassen Sie uns Kampagnen starten, die Laschet verhindern und einen wirklichen Politikwechsel einfordern.

Fragen Sie mich bitte nicht nach möglichen Alternativen bei der Wahl im September, fragen Sie mich bitte nicht, ob ich mit meiner Polemik nicht direkt die Grünen unterstütze. Diese Fragen müssen Sie sich bitte selber

beantworten, aber ein Phrasen-Laschet geht gar nicht.

Josef Hartmann, Hagen

Wachstum, Wachstum und nochmals Wachstum

Vor einigen Wochen brachte Laschet im FR-Interview die Essenz seines Politikvorhabens, d.h. seine Vorstellung zur Lösung der drängendsten Probleme auf diesen Punkt: Förderung technischer Innovationen kombiniert mit Wachstum, Wachstum, Wachstum! Nach dem furchtbaren, deutschen FuKlimaShima der letzten Woche wird deutlich, was das für die Zukunft bedeutet: die Katastrophe! Weil es übersetzt nichts anderes heißt als: Wir brauchen *nichts* zu ändern, sondern können weitermachen wie bisher. Dieser Mann darf nicht der nächste Kanzler werden; seine Partei nicht mit in der nächsten Regierung sitzen!

Bernd Bremen, Aachen

Im Hintergrund wird rumgealbert

Die FR titelt am 19. Juli: „Fassungslos“. Ein in unserer Geschichte noch nie dagewesenes Naturereignis zerstört Leben, Häuser, Existenzen und bringt viel Leid über das Land. Der Präsident der Bundesrepublik erscheint vor Ort und wendet sich voller Mitgefühl an die Betroffenen, während Armin Laschet, der überflüssigerweise mitgereiste, von der CDU ins Rennen um die Kanzlerschaft geschickte Kandidat, mit seiner Entourage im Hintergrund herumalbert. Schlimmer geht es nicht. Wollen wir tatsächlich von einem derart empathielosen Menschen regiert und international vertreten werden? Laschet hat sich selbst als untauglich entlarvt. Hoffentlich wissen die Wähler am 26. September, wofür sie sich entscheiden. Gottfried Ahrendt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/branson

Anwohner werden ausgeschlossen

Elektromobilität: Erwiderung auf „Sinnvolle Investitionen in den Klimaschutz“, FR-Forum vom 10. Juli

Lieber Werner Neumann, wie Sie fahre ich ein Elektrofahrzeug seit mehr als fünf Jahren. Deshalb spreche ich aus eigener Erfahrung. Man kann ein E-Fahrzeug mit sinnvoller Reichweite nur kaufen, wenn man eine Ladestation für mehrere Stunden an dem Ort hat, an dem das Fahrzeug längere Zeit steht. Auf dem Firmenparkplatz oder zu Hause. Das Schnellladen ist keine Option für das Tagesgeschäft. Nach zwei Stunden Fahrzeit 30 Minuten Kaffeepause machen und dabei die Batterie auf 80 Prozent aufzuladen, das ist im Reiseverkehr kein Problem. Für einen Pendler, der das zweimal in der Woche auf dem Weg zur Arbeit machen soll, ist das keine Option.

In Frankfurt gibt es nicht eine einzige Ladesäule an Anwohnerstellplätzen. Damit ist eine ganze Bevölkerungsgruppe von

der Nutzung der Elektromobilität ausgeschlossen. Nun kann man für autofreie Innenstädte, für mehr Radwege und eine Abkehr vom Individualverkehr streiten. Solange aber Anwohnerstellplätze ausgewiesen werden, muss man die auch zwingend zu einem gewissen Prozentsatz mit Ladeinfrastruktur ausrüsten. Dafür reichen kostengünstige Ladesäulen mit kleiner Ladeleistung. Wichtig ist eine hohe Verfügbarkeit.

Wer bis 2045 CO₂-Neutralität erreichen will, muss Verbrenner zwingend innerhalb dieses Zeitraums auf synthetischen Kraftstoffen umstellen. Dieser ist aber in der Herstellung dreimal so teuer wie konventioneller Kraftstoff. Für ein Fahrzeug der Golfklasse werden damit die Energiekosten vor Steuern und Abgaben dreimal teurer als bei

der Nutzung von fossilen Kraftstoffen und zehnmal so teuer wie bei der direkten Nutzung von Strom. Schon heute sind die Energiekosten für ein E-Auto deutlich niedriger als für ein mit fossilen Kraftstoffen betriebenes Fahrzeug. Diese Schere wird weiter aufgehen.

Es ist also extrem unsozial, Menschen, die ihre Fahrzeuge auf Anwohnerstellplätzen abstellen müssen, von der Nutzung von E-Fahrzeugen auszuschließen. Deshalb wäre es richtig zu fragen: Wird die richtige Ladeinfrastruktur subventioniert? Deren Aufbau zu fördern, ist für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und für die Akzeptanz der Energie- und Verkehrswende von entscheidender Bedeutung. Für Menschen, die aufs Auto angewiesen sind, wird sie zur sozialen Frage.

Rainer Kling, Schmitte